



NIEDERSCHRIFT

über die 22. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 14.12.2021,

in der Jugendstilfesthalle, Großer Saal, Mahlastraße 3

Beginn: 17:00

Ende: 19:59



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Julius Baur

Moritz Haas

Dr. Lea Heidbreder

Markus Heim

Christian Kolain

Bruno Sebastian Leiner

Kim Neumann

Hannah Trippner

CDU

Cyrus Bakhtari

Kerstin Bernzott-Uhl

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Lena Dürphold

Ralf Eggers

Susanne Höhlinger

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Dr. Thorsten Sögding

SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn



Hermann Demmerle

Prof. Dr. Hannes Kopf

Lisa Rocker

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

FWG

Aniello Casella

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Christian Gies

Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann

Dr. Gertraud Migl

FDP

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

Die LINKE

Daniel Emmerich

AfD

Norbert Herrmann

Die PARTEI

Katharina Kerbstat



Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordnete

Alexander Grassmann

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Bernhard Eck (Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Michael Götz (Gebäudemanagement)

Stefan Grewenig (Stadtbauamt)

Stefan Joritz (Rechtsamt)

Christoph Kamplade (Stadtbauamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Falk Pfersdorf (Entsorgungs- und Wirtschaftsförderung)

Jana Reiland (Hauptamt)

Sonstige

Michael Schreiner (Ortsvorsteher Gosramstein)

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Follmann

Sophia Maroc

Lea Saßnowski

SPD

Florian Maier

FWG

Hermann Eichhorn

Die LINKE

Tobias Schreiner



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag des Ortsbeirates Dammheim; Sicherung der Haus-Hof-Bebauung im alten Ortskern von Dammheim
Vorlage: 101/625/2021
- 2.1. Antrag des Ortsbeirates Dammheim vom 01.12.2021 zum Erlass einer Veränderungssperre und eines Bebauungsplanes zur Sicherung der „Haus-Hof-Bauweise“ im Ortskern von Dammheim;
Stellungnahme der Verwaltung
Vorlage: 630/439/2021
3. Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Förderung von sicheren Schwangerschaftsabbrüchen im Versorgungsgebiet Landau
Vorlage: 101/626/2021
4. Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Jahr 2020
Vorlage: 060/066/2021
5. Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2020
Vorlage: 060/062/2021
6. Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2020
Vorlage: 060/065/2021
7. Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2020
Vorlage: 060/064/2021
8. Bericht zur Feststellung der Zuschussbeträge im Haushaltsjahr 2020 für die Einrichtungen des Teilhaushalts 15 - freiwilliger Leistungsbereich
Vorlage: 240/146/2021
9. Endabrechnung des Ausbaus der Kellereigasse und der Böchinger Straße (K 9) Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: 200/341/2021
10. Kommune der Zukunft; Projekt "Queichinsel Godramstein" einschließlich Bau eines Rasenplatzes und Befestigung des Parkplatzes
Vorlage: 610/694/2021



11. Bauprogramm der ausbaubeitragsfähigen Maßnahmen nach dem A-Modell für das Jahr 2022 und nach dem B-Modell für die Jahre 2022 - 2025
Vorlage: 660/286/2021
12. Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2022 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2022 bis 2025, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz, Landauer Kunststiftung und Strieffler Stiftung
Vorlage: 240/147/2021
- 12.1. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2022
Vorlage: 820/318/2021
- 12.2. Haushaltssatzung 2022 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Wirtschaftsplan Gebäudemanagement Landau – Einwohnerbeteiligung
Vorlage: 240/149/2021
- 12.3. Festsetzung der Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer B für das Jahr 2022
Vorlage: 300/044/2021
- 12.4. Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Kostenlose Menstruationsartikel
Vorlage: 101/627/2021
- 12.5. Änderungsanträge der Stadtratsfraktionen Grüne, CDU und FDP
Vorlage: 101/629/2021
- 12.5.1. Steuern
- 12.5.2. Neubaugebiet Nußdorf
- 12.5.3. Veränderung Ansätze Radwegeinfrastruktur
- 12.5.4. Kostensteigerungen
- 12.5.5. K2 Insheim-Offenbach
- 12.6. Änderungsanträge der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion
Vorlage: 101/628/2021
- 12.6.1. Verzicht auf die Fahrradbrücke über die Queich
- 12.6.2. Streichung der Stelle der Unibeauftragten
13. Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: 230/464/2021
14. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung (GemO)
Vorlage: 240/148/2021



15. Gestaltungssatzung Arzheim und Erhaltungssatzung Arzheim
Vorlage: 300/034/2021
16. Gestaltungssatzung Dammheim und Erhaltungssatzung Dammheim
Vorlage: 300/035/2021
17. Gestaltungssatzung Godramstein und Erhaltungssatzung Godramstein
Vorlage: 300/036/2021
18. Gestaltungssatzung Mörlheim und Erhaltungssatzung Mörlheim
Vorlage: 300/037/2021
19. Gestaltungssatzung Mörzheim und Erhaltungssatzung Mörzheim
Vorlage: 300/038/2021
20. Gestaltungssatzung Queichheim und Erhaltungssatzung Queichheim
Vorlage: 300/040/2021
21. Gestaltungssatzung Wollmesheim und Erhaltungssatzung Wollmesheim
Vorlage: 300/041/2021
22. Änderung der Betriebssatzung GML wegen Eingliederung IT
Vorlage: 300/042/2021
23. Planungsleistungen zu freiraumplanerischen Leistungen zur Erschließung des Gewerbegebietes D10 – Anpassung des Planungsauftrags
Vorlage: 350/201/2021
24. Aufhebung der Zweckvereinbarung über die Schulträgerschaft der gemeinsamen Grundschule Landau-Nußdorf zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und der Verbandsgemeinde Edenkoben vom 29.12.1983/07.12.1983.
Vorlage: 400/222/2021
25. Auftragsvergabe Schulsportanlage Eduard-Spranger-Gymnasium und Integrierte Gesamtschule – hier Los 1 (Sportstättenbau)
Vorlage: 400/231/2021
26. Bebauungsplan „AH 7, Sport- und Mehrgenerationenpark“ in Arzheim;
Satzungsbeschluss
Vorlage: 610/687/2021
27. Neukonzeption der Radwegeverbindungen am Goethepark
Vorlage: 660/294/2021
28. Freibad am Prießnitzweg: Anpassung der Tarifstruktur
Vorlage: 810/087/2021
29. Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH: Wirtschaftsplan 2022
Vorlage: 810/088/2021
30. Änderung der Satzung des EWL über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)



Vorlage: 860/537/2021

31. Umorganisation EWL zur Anpassung der Organisation an die steuerlichen Belange des § 2b UStG
Vorlage: 860/513/2021
32. Anpassung der Stundenverrechnungssätze ab 2022 im Betriebszweig Bauhof des EWL
Vorlage: 860/538/2021
33. Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2022 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Service und Straßenreinigung
Vorlage: 860/539/2021
34. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohnerinnen und Einwohner anwesend.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Antrag des Ortsbeirates Dammheim; Sicherung der Haus-Hof-Bebauung im alten Ortskern von Dammheim

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag des Ortsbeirates Dammheim vom 1. Dezember 2021 sowie die Informationsvorlage des Stadtbauamtes vom 8. Dezember 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt sind. Man habe mittlerweile bereits die Baugenehmigung erteilen müssen. Daraufhin habe der Ortsvorsteher mitgeteilt, dass eine Abstimmung über den Antrag entbehrlich sei. Auch mit einem positiven Beschluss zu diesem Antrag könnte dieses Bauvorhaben nicht mehr verhindert werden. Man merke aber auch die Interessenskonflikte, die durch die durchaus gewünschte Nachverdichtung entstehen.

Ratsmitglied Rocker betonte, dass der Antrag nicht zurückgenommen, sondern obsolet geworden sei. Dennoch erachte sie das Vorgehen hier für unredlich und fragwürdig. Hier werde ein Tätigwerden des Rates unterbunden. Es zeige sich einmal mehr, wenn die Verwaltung etwas wolle, dann finde sich ein Weg. Die Verwaltung nehme hier ein Bauvorhaben in Kauf, das nach der künftigen Gestaltungssatzung so nicht hätte gebaut werden dürfen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass es nicht klug sei sich gegenseitig Unredlichkeit zu unterstellen. Man vertrete unterschiedliche Rechtsauffassungen. Er verwahre sich gegen diese Unterstellungen. Der Ortsbeirat sei im Juli über ein damals wesentlich schlechter geplantes Projekt informiert worden.

Eine Abstimmung über den Antrag erfolgte nicht.

Der Ortsbeirat zog den Antrag zurück.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.1. (öffentlich)

**Antrag des Ortsbeirates Dammheim vom 01.12.2021 zum Erlass einer Veränderungssperre und eines Bebauungsplanes zur Sicherung der „Haus-Hof-Bauweise“ im Ortskern von Dammheim;
Stellungnahme der Verwaltung**

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Stadtbauamtes vom 8. Dezember 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 2 verwiesen.

Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Förderung von sicheren Schwangerschaftsabbrüchen im Versorgungsgebiet Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion vom 2. Dezember 2021, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Emmerich begründete den Antrag. Es gehe hier nicht um eine Grundsatzdiskussion zum Thema Schwangerschaftsabbrüche. Aktuell sei es so, dass ein sicherer Schwangerschaftsabbruch in Landau derzeit nicht möglich sei. Derzeit gehe dies nur in Ludwigshafen, Frankenthal oder Karlsruhe. Für Menschen in prekären Lagen sei dieser Weg teilweise zu weit.

Der Vorsitzende erklärte, dass die Stadt in diesem Fall kein aktiver Akteur sei, der hier tätig werden müsste. Man nehme den Prüfauftrag dahingehend entgegen, dass man eine Bestandsaufnahme mache und im Sozialausschuss dann auch unter Beteiligung der Gleichstellungsstelle und von Pro Familia berichten werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion, zu prüfen, welche Möglichkeiten die Stadt Landau gemeinsam mit dem Landkreis Südliche Weinstraße hat, um die Verbesserung der medizinischen Versorgungslage von Schwangerschaftsabbrüchen zu fördern, wird in den Sozialausschuss verwiesen. Dort wird eine Bestandsaufnahme vorgelegt und unter Beteiligung der Gleichstellungsstelle und von Pro Familia berichtet.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Jahr 2020

Herr Oberbürgermeister Hirsch, Herr Bürgermeister Dr. Ingenthron, Herr Beigeordneter Hartmann und Herr Beigeordneter Grassmann waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm das älteste Ratsmitglied, Herr Hermann Demmerle.

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 8. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Bakhtari, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, erläuterte die Vorlage. Unter dem Strich stehe für das Jahr 2020 im Ergebnishaushalt ein Defizit von 3,6 Millionen Euro. Gründe hierfür seien erhebliche Einbrüche bei den Steuereinnahmen in Höhe von 13,7 Millionen Euro und Mehraufwendungen, die hauptsächlich auf die Kosten für die Pandemie zurückzuführen seien. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfehle die Feststellung des Jahresabschlusses 2020 und die Entlastung des Stadtvorstandes.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a. die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz für das Haushaltsjahr 2020 sowie
- b. die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2020.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2020

Herr Oberbürgermeister Hirsch, Herr Bürgermeister Dr. Ingenthron, Herr Beigeordneter Hartmann und Herr Beigeordneter Grassmann waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm das älteste Ratsmitglied, Herr Hermann Demmerle.

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 4. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Bakhtari, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, erläuterte die Vorlage. Es gebe sowohl für die Jahresrechnung der Bürgerstiftung als auch der nachfolgenden Strieffler-Stiftung und Landauer Kunststiftung keine Beanstandungen. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfehle die Feststellung des jeweiligen Jahresabschlusses 2020 und die Entlastung.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung für das Haushaltsjahr 2020 sowie
- b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2020



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2020

Herr Oberbürgermeister Hirsch und Herr Bürgermeister Dr. Ingenthron waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Beigeordneter Hartmann.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 5. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung für das Haushaltsjahr 2020 sowie**
- b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2020.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2020

Herr Bürgermeister Dr. Ingenthron sowie die Ratsmitglieder Maroc und Dr. Hülsenbeck waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 5. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung für das Haushaltsjahr 2020 sowie
- b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2020.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Bericht zur Feststellung der Zuschussbeträge im Haushaltsjahr 2020 für die Einrichtungen des Teilhaushalts 15 - freiwilliger Leistungsbereich

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 17. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Herr Messemer erklärte, dass man verpflichtet sei, eine Aufstellung über die Höhe der freiwilligen Leistungen vorzulegen. Dem komme man seit 2016 regelmäßig nach. Die Corona-Pandemie präge auch diese freiwilligen Einrichtungen. Insgesamt liege man leicht über dem Deckel der Aufsichtsbehörde. Auch im kommenden Jahr werde sich sicher die Corona-Pandemie hier auswirken.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. die Ergebnisse der Überprüfung des Teilhaushalts 15 – freiwilliger Leistungsbereich zur Kenntnis zu nehmen.**
- 2. dem Vorschlag der Kämmereiabteilung/Controlling, die im Rahmen der Unterschreitung eingesparten Mittel auf Antrag und anschließender Prüfung den bewirtschaftenden Abteilungen in den Folgejahren zur Verfügung zu stellen, sofern die gedeckelte Summe der freiwilligen Leistungen in ihrer Gesamtheit eingehalten wird, zuzustimmen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

**Endabrechnung des Ausbaus der Kellereigasse und der Böchinger Straße (K 9)
Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel für das Haushaltsjahr 2021**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 26. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

für das Haushaltsjahr 2021 außerplanmäßige Mittel gemäß § 100 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) in Höhe von 189.262 Euro zuzüglich etwaiger Zinsforderungen an das Land Rheinland-Pfalz zur Verfügung zu stellen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Kommune der Zukunft; Projekt "Queichinsel Godramstein" einschließlich Bau eines Rasenplatzes und Befestigung des Parkplatzes

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 25. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Schowalter fand dies gut für die Begegnung von Menschen, gut für den Sport und gut für den Ort Godramstein. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage gerne zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Umsetzung des Projekts „Queichinsel Godramstein“ einschließlich Bau eines Rasenplatzes und Befestigung des Parkplatzes im Rahmen des Prozesses „Kommune der Zukunft“ gemäß in der Begründung dargelegtem Finanzierungskonzept wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Schritte zur Umsetzung des aufgeführten Projektpakets vorzubereiten und durchzuführen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Bauprogramm der ausbaubeitragsfähigen Maßnahmen nach dem A-Modell für das Jahr 2022 und nach dem B-Modell für die Jahre 2022 - 2025

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 18. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Dem Bauprogramm der ausbaubeitragsfähigen Maßnahmen im Jahr 2022 nach dem A-Modell (1-jährige Periode) für die Abrechnungsgebiete Arzheim, Dammheim und Wollmesheim nach Anlage 1 wird zugestimmt.
2. Dem Bauprogramm der ausbaubeitragsfähigen Maßnahmen in den Jahren 2022 – 2025 nach dem B-Modell (4-jährige Periode) für die Abrechnungsgebiete Landau Mitte, Landau Horstgebiet, Landau Südwest, Godramstein und Queichheim nach Anlage 2 wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2022 mit Haushaltsplan und Finanzplanung für die Jahre 2022 bis 2025, Stellenplan, Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements Landau (GML) sowie die Haushaltspläne der Bürgerstiftung Landau in der Pfalz, Landauer Kunststiftung und Strieffler Stiftung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 18. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er hielt zunächst seine Haushaltsrede.

Die Kommunen spielten zunehmend eine zentrale Rolle bei der Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen wie der Erreichung der Klimaneutralität, dem demographischen Wandel, der Digitalisierung oder der Pandemiebewältigung. Hierzu benötige man solide und auskömmliche Finanzen und eine leistungsfähige Verwaltung. Die Hoffnung auf eine Besserung der Finanzsituation durch eine Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs sei bescheiden, das Thema Altschulden nach wie vor ungelöst. Vor dem Hintergrund dieser Gesamtsituation seien die Haushaltsberatungen 2022 besonders schwierig gewesen. Hinzu komme, dass sich die Spielregeln der ADD verschärft hätten. Als defizitäre Kommune müsse man sich auf strengere Prüfkriterien durch die ADD einstellen. Dies gelte insbesondere mit Blick auf die geforderte Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes und drohender Konsequenzen bei fehlender Bereitschaft, dieser Forderung nachzukommen. Zu dem heutigen Verwaltungsentwurf zum Haushalt gebe es eine Reihe von Änderungsanträgen der Fraktionen. Dies lasse eine fraktionsübergreifende Bereitschaft vermissen, weitergehende Konsolidierungsmaßnahmen anzugehen. Er appelliere, das Plandefizit nicht noch weiter zu erhöhen.

Als Verwaltung lege man heute einen vermittelnden Vorschlag vor, der versuche einen Ausgleich zwischen der Erwartungshaltung der ADD und unserer Situation vor Ort herbeizuführen. Gegenüber dem ersten Haushaltsentwurf habe man dezernatsübergreifend gegensteuern müssen und sowohl im konsumtiven als auch im investiven Bereich Anpassungen ausgelotet und umgesetzt. Die ADD habe mehrfach die Erhöhung der Realsteuerhebesätze angemahnt. Der vorliegende Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2022 gebe aber noch immer keinen Grund zur Entwarnung. Trotz der Sparrunden wolle man aber an den großen zukunftsfähigen Projekten festhalten. Beispielhaft nenne er nun den Stadtbau Ost mit dem Ostparkweiher, das Stadtentwicklungsprogramm Sozialer Zusammenhalt, zahlreiche Straßenumbaumaßnahmen, Schulbauten, Digitalpakt, die Sanierung kommunaler Einrichtungen, Kindertagesstätten, das Programm Klimaschutz durch Radverkehr, die Leuchtturmprojekte in den Stadtteilen, die Sportanlagen, die Baulandentwicklung in den Stadtdörfern und in Landau-Südwest, die Gewerbegebietentwicklung D 12 und Maßnahmen des GML in der Sparte Wohnhausbesitz.

Im Ergebnishaushalt weise man ein Defizit von 3,6 Millionen Euro aus. Allein 77 Millionen Euro an Ausgaben entfalle auf den Bereich Jugend und Soziales mit einem städtischen Anteil von rund 41,5 Millionen Euro.

Im Stellenplan sei man hinsichtlich der Stellenausweitungen weiterhin sehr restriktiv. Das Investitionsvolumen belaufe sich auf rund 50 Millionen Euro, wenn alles zur Umsetzung komme. Die Liquiditätskredite habe man von 78 Millionen Euro auf jetzt noch knapp 33 Millionen Euro zurückführen können. Zusammen mit den Investitionskrediten von 43 Millionen komme man so auf einen Schuldenstand von rund 76 Millionen Euro.

Die beiden vergangenen Jahre 2020 und 2021 seien schwierige und herausfordernde Jahre gewesen, dies werde sicherlich in den nächsten Monaten noch so bleiben. Sorge bereite ihm die um sich greifende Aggressivität in der Bevölkerung. Trotz der nach wie



vor schwierigen Situation gebe es auch viel Gutes mit Blick auf unsere Stadtentwicklung zu berichten. So sei der Flächennutzungsplan genehmigt worden mit Entwicklungspotentialen für die kommenden Jahre, die bauliche Entwicklung an der Paul-von-Denis-Straße gehe voran, das Gewerbegebiet D 10 werde fortentwickelt, die Entwicklungen des Kaufhof-Areals und der Uferschen Höfe würden laufen, der Ausbau der Kita- und Schulinfrastruktur gehe ebenso weiter wie zahlreiche Wohnbaumaßnahmen. Zudem habe man die Förderzusage des Bundes zur Stärkung unserer Innenstadt.

Er hoffe, dass es trotz der weiter schwierigen Bedingungen gelinge, das Miteinander in der Gesellschaft gut zu gestalten und zu festigen.

Dies sei heute der letzte Haushaltsentwurf den er dem Stadtrat vorlege, da er heute zum künftigen Präsidenten des Sparkassenverbandes Rheinland-Pfalz gewählt worden sei. Er sei dankbar, dass er in den zurückliegenden Jahren gemeinsam mit dem Stadtrat viel für Landau habe erreichen können. Bis zum letzten Tag seiner Amtszeit am 31. Dezember 2022 werde er sich auch weiterhin mit voller Kraft für Landau und seine Menschen einsetzen und dafür Sorge tragen, dass die künftige Stadtspitze beste Bedingungen für einen guten Start in neuer Verantwortung vorfinde.

Ratsmitglied Eggers gratulierte dem Oberbürgermeister zu seiner Wahl zum Sparkassenpräsidenten. Bei aller Freude über diese Wahl verliere man aber auch eine prägende Persönlichkeit für die Stadt Landau.

Ratsmitglied Dr. Heidbreder erinnerte daran, dass man nun an der Hälfte der Legislaturperiode stehe. Man habe sich in der Koalition auf den Weg gemacht für ein ökologisches, sozial gerechtes und wirtschaftlich stabiles Landau. Nunmehr sei man von der Phase des Planens in die Phase des Machens übergegangen. Man investiere soviel Geld in die Mobilitätswende wie noch nie. Dadurch mache man auch die Bereiche der Innenstadt attraktiv. Ende des Jahres 2022 starte man mit dem LandauTakt ein neues Bussystem und es fließe viel Geld in den Ausbau der Radwegeinfrastruktur. Dies alles zeige, dass aus Reden Machen werde. Auch beim kommunalen Wohnungsbau mit der Errichtung städtischer Wohnungen zeige sich dies. Mit der Solaroffensive investiere man 300.000 Euro in Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften. Man wolle dafür sorgen, dass die Energiewende auch vor Ort in Landau umgesetzt werden könne. Daher hoffe sie, dass auch das Rathausdach eine Photovoltaikanlage erhalte.

Trotz der Pandemie schaffe man einen fast ausgeglichenen Haushalt. Bedingt durch Einsparungen, die die Verwaltung vorgenommen habe, konnte das Defizit von 20 Millionen Euro auf unter 4 Millionen Euro verringert werden. Man brauche Priorisierung, Disziplin und auch Einnahmen. Anspruch der Grünen sei ein ausgeglichener Haushalt noch in dieser Wahlperiode und gleichzeitig Investitionen in Klimaschutz und sozialen Zusammenhalt. Man wisse, dass man mit vielen Projekten den Menschen einiges abverlange. Dabei sei Veränderung kein menschliches Grundbedürfnis, trotzdem müsse man diese anstoßen.

Stadtgestaltung bleibe eine Gemeinschaftsaufgabe, deshalb danke man allen für das Zusammenstehen in einem weiteren Corona Jahr. Zukunft brauche ein wenig Pathos. Heute entscheide man, wie die Stadt in Zukunft aussehe. Deshalb stehe das Machen im Vordergrund.

Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck stellte fest, dass uns Covid weiterhin fest im Griff habe. Dadurch seien erhebliche finanzielle Einbrüche entstanden. Auf der Einnahmeseite bedeute dies einen Einbruch bei der Gewerbesteuer und bei den Ausgaben die hohen Kosten zur Bewältigung der Pandemie. Hinzu komme die seit Jahren unzureichende Finanzausstattung durch das Land. Es bestehe nach wie vor ein hohes strukturelles Defizit mit hohen Auflagen und immer höheren Anforderungen. Wenn dann gut



wirtschaftende Kommunen beim Finanzausgleich übergeben werden, sei dies schlecht, da so gute Arbeit nicht unterstützt werde. Pflichtaufgaben hätten sich ausgeweitet und verteuert. Glücklicherweise gelinge es der Verwaltung den Haushalt unterjährig mit Weitsicht zu steuern. So konnten auch die Liquiditätskredite reduziert werden. Zukünftige Aufgaben der Stadt lägen vor allem bei der Klimaanpassung, dem Hochwasserschutz und der Mobilität. Es seien erhebliche Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung gemacht worden. Aufwendungen konnten reduziert und die Erträge verbessert werden. Der Haushaltsentwurf zeige sehr viel erfreuliches auf. So werde in Bildung und Infrastruktur investiert ebenso wie in die Bereiche Wohnen und Arbeit. Wichtig seien der CDU-Fraktion auch die Umsetzung des Schulentwicklungsplanes, die Stadtentwicklung, der Ostpark, die Investitionen in die Straßenverkehrsinfrastruktur, der ÖPNV sowie die Leuchtturmprojekte mit dem Dorfgemeinschaftshaus in Mörzheim. Mit dem Antrag der Koalition wolle man die Belastungen durch die Erhöhung der Grundsteuer etwas abmildern. Hinsichtlich der Jugendverkehrsschule und des Kunstrasenplatzes Horstring bitte man die Verwaltung um eine Darlegung des zeitlichen Ablaufs und eine mögliche Beschleunigung für den Bau des Kunstrasenplatzes. Zur neuen Fahrradbrücke in der Maximilianstraße sei man sich bewusst, dass es hier noch finanzielle Unwägbarkeiten gebe. Gerade daher brauche man aber auch den Haushaltsansatz, um hier im Rahmen der Planung gegensteuern zu können. Den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde man daher ablehnen. Es werde das Ziel sein, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Dabei sei die vorsichtige Planung ein wichtiger Aspekt unter Einbeziehung der wirtschaftlichen Unabwägbarkeiten. Man danke der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Er appelliere an den gesamten Rat, gemeinsam Lösungen für die großen Aufgaben der Zukunft zu suchen. Hierfür brauche es eine lebendige und solidarische Stadtgesellschaft und die Stadt müsse dabei finanziell handlungsfähig bleiben. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt zu.

Ratsmitglied Schwarzmüller dankte zunächst der Verwaltung für die Erarbeitung dieses Haushaltsentwurfs. Die SPD-Stadtratsfraktion lehne den Haushalt 2022 ab. Wichtige Schwerpunkte seien nicht richtig gewichtet, gefasste Beschlüsse seien nicht umgesetzt. Beispielsweise stehe die Umsetzung der nachhaltigen Beschaffung aus. Als Stadt, die den Klimanotstand ausgerufen habe, stehe man hier in der Verantwortung. Eine nachhaltige Beschaffung wäre gerade auch im Baubereich bei der Beschaffung von Baustoffen sehr wichtig. Von daher könne man auch dem Wirtschaftsplan des GML nicht zustimmen.

Ein weiterer Ablehnungsgrund sei das neue Parkraumkonzept. Die Anwohnerparkplätze seien abgeschafft worden, damit die Innenstadt autofreier werde. Genau das Gegenteil sei passiert, der Verkehr habe massiv zugenommen. Dieses neue Parkraumbewirtschaftungskonzept sei weder sozial noch klimatechnisch verträglich. Ein weiteres Thema seien die freiwilligen Leistungen, bei denen 1,6 Millionen Euro Mehrausgaben eingestellt seien. Man könne nicht erkennen, dass hier gestrichen wurde. Die angeforderte Aufstellung, die man erhalten habe, sei völlig intransparent. All dies seien Gründe für die SPD-Stadtratsfraktion, den Haushalt der Stadt und den Wirtschaftsplan des GML abzulehnen.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass die FWG Probleme mit der politischen Weichenstellung habe. Grundsätzlich habe man ein Problem, wenn es um Steuererhöhungen gehe, um die Einnahmesituation zu verbessern. Allerdings habe man aus seiner Sicht kein Einnahme- sondern ein Ausgabeproblem. Die FWG sei gegen die Erhöhung der Realsteuern. Dem Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde man zustimmen. Auch die FWG sehe keine Notwendigkeit für eine Universitätsbeauftragte. Die geplante neue Fahrradbrücke über die Maximilianstraße



sei ein Monstrum und eine Verschwendung von Steuergeldern. Sehr kritisch sehe man zudem das Haus zum Maulbeerbaum. Es sei nicht Aufgabe der Stadt, die Sanierung dieses Hauses zu finanzieren. Problematisch sehe man auch die Art und Weise des Ausbaus der Königstraße mit einem gegenläufigen Radverkehr.

Es stimme, dass Geld fehle im Haushalt, andererseits würden auch unnötig Gelder ausgegeben. Sorgen bereite ihm auch das Thema Parken, dieses sei ohne jegliche Bürgerbeteiligung entschieden worden. Auch aus dem LandauTakt sei ein Staatsgeheimnis gemacht worden. Dies hätte man transparenter gestalten können. Insgesamt sei man beim ÖPNV auf halbem Wege stehen geblieben.

Dem Wirtschaftsplan des GML werde man zustimmen. Die FWG-Stadtratsfraktion werde den Haushalt 2022 ablehnen.

Ratsmitglied Dr. Migl sah durchaus Bemühungen zum Sparen. Gleichwohl sehe man aber auch einige kritische Punkte. Ein großer Kritikpunkt sei die geplante Fahrradbrücke über die Maximilianstraße. Hier stelle sich die Frage, was diese für den Klimaschutz bringe. Nach wie vor seien hier viele Punkte offen, es gebe beispielsweise nach wie vor keine Visualisierung. Für sie dies wie eine Art Machbarkeitswahn und kein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern. Sehr begrüße man das Projekt in der Haardtstraße, allerdings treibe die Tiefgarage die Kosten dort in die Höhe. Dem Wirtschaftsplan des GML werde man trotz dieser kritischen Haltung zur Tiefgarage zustimmen. Pfeffer und Salz sei gegen Flächenfraß und damit gegen das Neubaugebiet an der Wollmesheimer Straße. Ebenso kritisch sehe man die Ausweisung immer neuer Gewerbegebiete. Aus ihrer Sicht halte auch das so hochgelobte ÖPNV-Konzept nicht das, was es verspreche. Es gebe Verschlechterungen was die Innenstadt angehe und es werde sehr teuer.

Man halte eine geringe Erhöhung der Gewerbesteuer für angemessen, da die Betriebe aufgrund der Corona-Pandemie ohnehin schon Probleme hätten. Auch die Anhebung der Grundsteuer B sei moderat und vertretbar.

Insgesamt habe sie den Wunsch, dass man künftig im Rat wieder respektvoller miteinander umgehe. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne den Haushalt ab.

Ratsmitglied Silbernagel stellte fest, dass man nach wie vor mit den Unwägbarkeiten der Pandemie zu kämpfen habe. Überall sei zu hören, dass man auf Sicht fahre. Die Auswirkungen der Pandemie würden uns aber noch Jahre beschäftigen. Es seien Einsparungs- und Konsolidierungsmaßnahmen nötig, die Kreditverschuldung müsse stetig abgebaut werden. Leider sei es unausweichlich, dass die Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B moderat erhöht werden müssen. Die Neuregelung des ÖPNV erfordere finanzielle Höchstleistungen. Ein wichtiges aber auch kostenintensives Projekt sei auch die Digitalisierung der Schulen. Hier gelte es die Kosten im Blick zu behalten. Erfreulich seien die Leuchtturmprojekte in allen Stadtdörfern. Dies seien Vorzeigeprojekte, die allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kämen. Alle Maßnahmen seien nur mit kontinuierlichen und berechenbaren Einnahmen möglich. Den Motor der Wirtschaft müsse man am Laufen halten. Sein Dank gelte der Verwaltung für die Arbeit in den zurückliegenden Monaten. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme dem Haushalt zu.

Ratsmitglied Emmerich sprach von sehr angenehmen Haushaltsberatungen und einem sehr ausführlichen Haushaltsentwurf. Der Haushalt sei die Reaktion auf die Coronapandemie. Die Stadt werde hinsichtlich der Finanzen aber von Land und Bund allein gelassen. Dem Änderungsantrag der Koalition zu den Realsteuerhebesätzen werde man zustimmen. Man sei allerdings gegen die Änderungsanträge der Pfeffer und Salz-Fraktion. Insgesamt werde die LINKE-Stadtratsfraktion den Haushalt ablehnen. Der



Antrag seiner Fraktion zur Bereitstellung von Menstruationsartikeln sei die logische Konsequenz daraus, dass dies beispielsweise an der Universität schon gängige Praxis sei.

Ratsmitglied Kerbstat war der Meinung, dass dieser Haushalt zeige, dass man am Abgrund stehe. Es gebe sicherlich Ideen in diesem Haushalt, ein großer Wurf sei er aber nicht.

Der Vorsitzende erläuterte, dass es berufliche Gründe gebe warum erst die Jugendverkehrsschule und dann der Kunstrasenplatz zur Umsetzung komme. Hinzu kämen auch förderliche Gründe.

Beigeordneter Hartmann informierte, dass die Vorlage zur sozial-ökologischen Beschaffung noch in diesem Jahr vorgelegt werde. Der Beitritt zum Klimabündnis sei bereits unterschrieben und erfolgt. Der Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion sei obsolet, da dies bereits in der Umsetzung sei. Zum Parkraumkonzept habe die Verwaltung kaum negative Rückmeldungen erreicht.

Ratsmitglied Schowalter erklärte zur K2, dass man dies angehen sollte. Man halte dies für notwendig. Die SPD-Stadtratsfraktion unterstütze auch, dass die Fahrradbrücke gebaut werde.

Ratsmitglied Dr. Migl ging nochmals auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion ein. Die Stelle der Universitätsbeauftragten sei entbehrlich und sollte daher gestrichen werden.

Ratsmitglied Dr. Blinn unterstrich, dass die SPD-Stadtratsfraktion dem Antrag der Koalition zur Veränderung der Hebesätze bei den Realsteuern zustimmen werde.

Ratsmitglied Thiel erklärte die Zustimmung der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag zum Neubaugebiet Nußdorf. Die vorgezogene Realisierung sehe man allerdings eher skeptisch, da kein großer Zeitgewinn zu erwarten sei.

Ratsmitglied Albrecht wies zum Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion darauf hin, dass die Stelle der Universitätsbeauftragten derzeit eh nicht besetzt sei.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 22 Ja-, 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

I.

a) über den städtischen Haushalt, der nach Vorlage der Verwaltung (Verwaltungsentwurf) wie folgt abschließt:

1. im Ergebnishaushalt

Gesamtbetrag der Erträge auf	158.077.429 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	161.751.725 Euro
Jahresfehlbetrag auf	-3.674.296 Euro

2. im Finanzhaushalt

Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	1.747.134 Euro
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	13.009.109 Euro



Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	28.639.375 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen Investitionstätigkeit auf	-15.630.266 Euro

Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	14.340.266 Euro
--	-----------------

3. über das Investitionsprogramm

welches nach Vorlage der Verwaltung folgende Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ausweist:

2022	28.639.375 Euro
2023	34.299.941 Euro
2024	24.057.581 Euro
2025	24.079.581 Euro

b) über den Wirtschaftsplan des Gebäudemanagement Landau (GML)

Erfolgsplan

Erträge	18.520.100 Euro
Aufwendungen	22.646.700 Euro
Differenz	-4.126.600 Euro

Vermögensplan

Einnahmen	28.900.600 Euro
Ausgaben	28.900.600 Euro

Verpflichtungsermächtigungen	15.755.000 Euro
------------------------------	-----------------

Gesamtbetrag der Kredite	16.274.000 Euro
Gesamtbetrag der Liquiditätskredite	5.000.000 Euro

c) Bürgerstiftung

1. im Ergebnishaushalt

Gesamtbetrag der Erträge auf	204.692 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	203.322 Euro
Jahresüberschuss auf	1.370 Euro

2. im Finanzhaushalt

ordentlichen Einzahlungen auf	201.650 Euro
ordentlichen Auszahlungen auf	152.900 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	48.750 Euro

außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro



Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	250.000 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	400.000 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-150.000 Euro
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	451.650 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	552.900 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	-101.250 Euro

d) Landauer Kunststiftung

1. im Ergebnishaushalt

Gesamtbetrag der Erträge auf	23.780 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	23.780 Euro
Jahresfehlbetrag auf	0 Euro

2. im Finanzhaushalt

ordentlichen Einzahlungen auf	23.780 Euro
ordentlichen Auszahlungen auf	23.780 Euro
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro

außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro

Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	23.780 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	23.780 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	0 Euro

e) Strieffler Stiftung

1. im Ergebnishaushalt

Gesamtbetrag der Erträge auf	33.420 Euro
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	33.420 Euro
Jahresfehlbetrag auf	0 Euro

2. im Finanzhaushalt

ordentlichen Einzahlungen auf	33.420 Euro
ordentlichen Auszahlungen auf	33.420 Euro



Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Einzahlungen auf	0 Euro
außerordentlichen Auszahlungen auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen auf	0 Euro
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	0 Euro
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	33.420 Euro
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	33.420 Euro
die Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr auf	0 Euro

f) über den Stellenplan.

- II. Hinsichtlich der veranschlagten Investitionen im Haushalt der Stadt Landau in der Pfalz und dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau beschließt der Stadtrat folgendes Verfahren zur Optimierung der Finanzsteuerung:
1. Der Beginn von förderfähigen Maßnahmen ab einer Gesamtinvestitionssumme von 20.000 Euro, ausgenommen hiervon sind Planungsleistungen, ist grundsätzlich dem Stadtvorstand vorher anzuzeigen. Als Maßnahmenbeginn gilt die Einleitung des Verfahrens.
 2. Weichen die Höhe der im Haushalt oder den Wirtschaftsplänen veranschlagten Drittfinanzierungsmittel (Zuweisungen, Zuschüsse und Beiträge) oder die Kassenwirksamkeit von den Planansätzen krediterhöhend ab, ist vor Maßnahmenbeginn und Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen durch die jeweils verantwortlichen Bereiche das Einvernehmen mit dem Stadtvorstand herzustellen und darzulegen, wie die Finanzierungslücke geschlossen werden kann.
 3. Im Kernhaushalt bleiben alle Haushaltsansätze für Investitionen wie bisher gesperrt. Mittelfreigabeanträge sind vor der Eingehung einer Rechtsverpflichtung nach außen an die Kämmereiabteilung zu richten; ab einer Höhe von 20.000 Euro entscheidet der Stadtvorstand über die Mittelbereitstellung. Ziffer 2 gilt entsprechend.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.1. (öffentlich)

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2022

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 18. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 12 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 31 Ja-, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

a) den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf für den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 202 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand, Wohnhausbesitz und IT-Service mit folgenden Zahlen:

Erfolgsplan:	
Erträge	18.520.100,00 EURO
Aufwendungen	22.646.700,00 EURO
Differenz:	- 4.126.600,00 EURO

Vermögensplan:	
Einnahmen	28.900.600,00 EURO
Ausgaben	28.900.600,00 EURO

Der Gesamtbetrag der Kredite 2022 wird festgesetzt auf 16.274.000,00 EURO.
Hiervon sind für den Wohnungsneubau vorgesehen 5.277.000,00 EURO.

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) wird festgesetzt auf
5.000.000,00 EURO.

b) Der im Rahmen der Finanzplanungsjahre 2023 bis 2025 vorgesehene Bedarf an Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf:

Wirtschaftsjahr 2023: 13.155.000,00 EURO
Wirtschaftsjahr 2024: 2.600.000,00 EURO

Für die Summe der Verpflichtungsermächtigungen müssen voraussichtlich Investitionskredite in Höhe von:

2023: 12.456.200,00 EURO
2024: 1.549.400,00 EURO

aufgenommen werden.

Die Maßnahmen der Finanzplanung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im Rahmen der aufsichtsbehördlich genehmigten Gesamtkreditermächtigung der Stadt Landau in der Pfalz.

c) Weiterhin beschließt der Stadtrat die Gesamtstellenübersicht für den Eigenbetrieb Gebäudemanagement Landau.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.2. (öffentlich)

**Haushaltssatzung 2022 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Wirtschaftsplan
Gebäudemanagement Landau – Einwohnerbeteiligung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmerereiabteilung vom 7. Dezember 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 12 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem nachfolgenden Beschluss- und Verfahrensvorschlag der Verwaltung zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.3. (öffentlich)

Festsetzung der Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer B für das Jahr 2022

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 1. Dezember 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. In die Satzung werden die zuvor beschlossenen geänderten Hebesätze eingearbeitet.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 33 Ja- und 6 Nein-Stimmen:

den als Anlage beigefügten Entwurf der „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Festsetzung der Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer B für das Jahr 2022“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.4. (öffentlich)

Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion; Kostenlose Menstruationsartikel

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der LINKE-Stadtratsfraktion vom 25. November 2021, der dieser Niederschrift beigelegt ist. Da die Verwaltung hier bereits tätig sei, habe sich der Antrag im Grunde erledigt. Man werde im Werksausschuss des GML darüber berichten.

Der Stadtrat nahm den Antrag zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.5. (öffentlich)

Änderungsanträge der Stadtratsfraktionen Grüne, CDU und FDP



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.5.1. (öffentlich)

Steuern

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Stadtratsfraktionen von GRÜNE, CDU und FDP vom 6. Dezember 2021, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 12 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja- und 5 Nein-Stimmen:

Der Hebesatz der Grundsteuer B wird nur um 20 anstatt der im Verwaltungsvorschlag 25 Punkte erhöht und liegt dann bei 495 Punkten. Der Hebesatz der Gewerbesteuer wird um 7 anstatt 5 Punkte auf 412 Punkte erhöht.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.5.2. (öffentlich)

Neubaugebiet Nußdorf

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Stadtratsfraktionen von GRÜNE, CDU und FDP vom 6. Dezember 2021, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 12 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

Die Ansätze 230-1142-096104 „Ankauf von Grundstücken Nußdorf Boschweg“ und 610-5225-142161 „Ankauf von Grundstücken am Friedhof“ werden unter dem Titel „Ankauf von Grundstücken Neubaugebiet Nußdorf“ zusammengeführt und in ihrer Höhe halbiert. Nußdorf rückt als fünftes Dorf in Phase 1 vor. Die Verwaltung prüft die Realisierungsmöglichkeiten in beiden Arealen. Sollten beide möglich sein, wird unter Anhörung der Wünsche des Ortsbeirates das favorisierte Areal umgesetzt, das andere Gebiet bleibt im FNP als Potentialfläche bestehen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.5.3. (öffentlich)

Veränderung Ansätze Radwegeinfrastruktur

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Stadtratsfraktionen von GRÜNE, CDU und FDP vom 6. Dezember 2021, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 12 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja-, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

Die für 2024 unter 660-5410-096310 eingestellten 500.000 Euro für das Förderprogramm „Stadt und Land“ entfallen. Unter 660-5410-096328 „Radwegesystem“ werden im Gegenzug für 2022 160.000 und 2023 150.000 Euro bereitgestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.5.4. (öffentlich)

Kostensteigerungen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Stadtratsfraktionen von GRÜNE, CDU und FDP vom 6. Dezember 2021, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 12 verwiesen

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 35 Ja- und 4 Nein-Stimmen:

Alle Kostensteigerungen werden innerhalb des Haushaltsbereiches oder des Förderprogramms ausgeglichen. Hiervon abweichende Regelungen bedürfen der Entscheidung des Stadtrates.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.5.5. (öffentlich)

K2 Insheim-Offenbach

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Stadtratsfraktionen von GRÜNE, CDU und FDP vom 6. Dezember 2021, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 12 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

Der Ansatz für die K2 Insheim-Offenbach unter 660-5420-096328 (600.000 Euro) wird auf 2024 geschoben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.6. (öffentlich)

Änderungsanträge der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.6.1. (öffentlich)

Verzicht auf die Fahrradbrücke über die Queich

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 7. Dezember 2021, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 12 verwiesen.

Der Stadtrat lehnte mit 6 Ja-, 32 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion, die Ansätze im Haushalt zum Projekt Fahrradbrücke über die Queich zu streichen, ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12.6.2. (öffentlich)

Streichung der Stelle der Unibeauftragten

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 7. Dezember 2021, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Die Stelle sei gar nicht im Stellenplan verankert, sondern in der Hauptsatzung. Zudem sei sie im Moment auch nicht besetzt.

Im Übrigen wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 12 verwiesen.

Der Stadtrat lehnte mit 6 Ja-, 25 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen

den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion, die Stelle der Unibeauftragten aus dem Stellenplan zu streichen, ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2022

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 19. Oktober 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Betriebsantrag für das Haushaltsjahr 2022 in der vom Forstamt vorgelegten Form.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung (GemO)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 24. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Gestaltungssatzung Arzheim und Erhaltungssatzung Arzheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes und des Stadtbauamtes vom 2. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Bisher gab es eine Satzung für alle Stadtdörfer, dies sei nicht mehr zeitgemäß.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Gestaltungssatzung für den historischen Ortskern von Landau Arzheim (Gestaltungssatzung Arzheim)“ als Satzung.
2. den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Erhaltungssatzung für den historischen Ortskern von Landau Arzheim (Erhaltungssatzung Arzheim)“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Gestaltungssatzung Dammheim und Erhaltungssatzung Dammheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 25. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Gestaltungssatzung für den historischen Ortskern von Landau Dammheim (Gestaltungssatzung Dammheim)“ als Satzung.**
- 2. den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Erhaltungssatzung für den historischen Ortskern von Landau Dammheim (Erhaltungssatzung Dammheim)“ als Satzung.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Gestaltungssatzung Godramstein und Erhaltungssatzung Godramstein

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes und des Stadtbauamtes vom 2. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Gestaltungssatzung für den historischen Ortskern von Landau Godramstein (Gestaltungssatzung Godramstein)“ als Satzung.**
- 2. den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Erhaltungssatzung für den historischen Ortskern von Landau Godramstein (Erhaltungssatzung Godramstein)“ als Satzung.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Gestaltungssatzung Mörlheim und Erhaltungssatzung Mörlheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes und Stadtbauamtes vom 2. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Gestaltungssatzung für den historischen Ortskern von Landau Mörlheim (Gestaltungssatzung Mörlheim)“ als Satzung.
2. den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Erhaltungssatzung für den historischen Ortskern von Landau Mörlheim (Erhaltungssatzung Mörlheim)“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Gestaltungssatzung Mörzheim und Erhaltungssatzung Mörzheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes und des Stadtbauamtes vom 2. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Gestaltungssatzung für den historischen Ortskern von Landau Mörzheim (Gestaltungssatzung Mörzheim)“ als Satzung.**
- 2. den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Erhaltungssatzung für den historischen Ortskern von Landau Mörzheim (Erhaltungssatzung Mörzheim)“ als Satzung.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

Gestaltungssatzung Queichheim und Erhaltungssatzung Queichheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes und des Stadtbauamtes vom 2. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Gestaltungssatzung für den historischen Ortskern von Landau Queichheim (Gestaltungssatzung Queichheim)“ als Satzung.**
- 2. den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Erhaltungssatzung für den historischen Ortskern von Landau Queichheim (Erhaltungssatzung Queichheim)“ als Satzung.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

Gestaltungssatzung Wollmesheim und Erhaltungssatzung Wollmesheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes und des Stadtbauamtes vom 2. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Gestaltungssatzung für den historischen Ortskern von Landau Wollmesheim (Gestaltungssatzung Wollmesheim)“ als Satzung.**
- 2. den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Erhaltungssatzung für den historischen Ortskern von Landau Wollmesheim (Erhaltungssatzung Wollmesheim)“ als Satzung.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

Änderung der Betriebssatzung GML wegen Eingliederung IT

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechtsamtes vom 8. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der „Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für das Gebäudemanagement Landau - Eigenbetrieb“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

Planungsleistungen zu freiraumplanerischen Leistungen zur Erschließung des Gewerbegebietes D10 – Anpassung des Planungsauftrags

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 3. Dezember 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Anpassung des Honorarvertrages zu freiraumplanerischen Leistungen zur Erschließung des Gewerbegebietes D 10 im dargestellten Umfang zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)

Aufhebung der Zweckvereinbarung über die Schulträgerschaft der gemeinsamen Grundschule Landau-Nußdorf zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und der Verbandsgemeinde Edenkoben vom 29.12.1983/07.12.1983.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 5. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Aufhebung der Zweckvereinbarung über die Schulträgerschaft der gemeinsamen Grundschule Landau-Nußdorf zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und der Verbandsgemeinde Edenkoben vom 29.12.1983/07.12.1983.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25. (öffentlich)

Auftragsvergabe Schulsportanlage Eduard-Spranger-Gymnasium und Integrierte Gesamtschule – hier Los 1 (Sportstättenbau)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 25. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Auftrag für die Sportplatz- und Landschaftsbauarbeiten, hier Los 1 Sportstättenbau, an die Firma Raumflora GmbH, Landau in der Pfalz, zu den Preisen ihres Angebots, das mit einer geprüften Summe einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 859.789,65 Euro abschließt, zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 26. (öffentlich)

**Bebauungsplan "AH 7, Sport- und Mehrgenerationenpark" in Arzheim;
Satzungsbeschluss**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 27. Oktober 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Stellungnahmen zur Entwurfsfassung des Bebauungsplans „AH 7, Sport- und Mehrgenerationenpark“, vom März 2021, entsprechend den in der als Anlage 4 beigefügten Synopse vom September 2021 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
2. **Der Bebauungsplan „AH 7, Sport- und Mehrgenerationenpark" wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorliegenden Fassung (Anlage 1-2) als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 3) gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 27. (öffentlich)

Neukonzeption der Radwegeverbindungen am Goethepark

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 11. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Der Neukonzeption der Radwegeverbindungen im Goethepark nach den Anlagen 1 und 2 wird zugestimmt.**
- 2. Das Stadtbauamt wird beauftragt, beim Fördergeber die Neukonzeption einzureichen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 28. (öffentlich)

Freibad am Prießnitzweg: Anpassung der Tarifstruktur

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 16. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Anpassung der Tarifstruktur für das Freibad am Prießnitzweg ab der Badesaison 2022 in der vorgelegten Fassung zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 29. (öffentlich)

Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH: Wirtschaftsplan 2022

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 16. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. In den letzten Jahren sei die Schere zwischen Einnahmen und dem Defizit aus dem operativen Geschäft immer größer geworden. Für 2022 sei ein negatives Jahresergebnis von 1 Million Euro zu erwarten. Man sei auf diese Situation vorbereitet, das Unternehmen sei schuldenfrei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Gesellschafterversammlung zu empfehlen, den Wirtschaftsplan 2022 für die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit folgenden Ansätzen festzulegen:

1. Erfolgsplan	T€	T€
Summe der Erträge		
- Betriebserträge	2.998	
- Aufl. SoPo's	99	
- sonstiger Ertrag (Zuschuss GML)	100	
- sonstiger Ertrag (Ausgleichszahlung gemäß § 3 des öffentlichen Betrauungsaktes vom 16.11.2015)	398	
- sonstiger Ertrag (ZZV)	0	
- Ergebnisübernahme	<u>0</u>	3.595
Summe der Aufwendungen		
- Betriebsaufwand	7.267	
- Finanzaufwand	3	
- Ergebnisabführung	<u>7</u>	7.277
Gesamtergebnis 2022	T€	-3.682

2. Vermögensplan 2022

Summe der Einnahmen	4.189
Summe der Ausgaben	4.189

3. Stellenübersicht



	2022	2021	30.06.2021 (Ist)
Geschäftsführer	1,05	1,05	1,05
Beschäftigte	61,70	62,61	50,76
Gesamt	62,75	63,66	51,81
Nachrichtlich:			
Azubis/Studenten	6,00	7,00	6,00
Aushilfsbeschäftigte	0,00	0,00	0,00

4. Anlagen zum Wirtschaftsplan (§ 16 II EigVO RHP)

4.1 a) Betriebsmittelkreditermächtigung

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.500 T€ festgelegt.

4.1 b) Kreditbedarf

entsprechend Vermögensplan 2022 T€ 3.651 ***

*** rechnerischer Wert, ohne Zuflüsse aus Beteiligungen.

Im Bedarfsfall ist eine entsprechende Kreditermächtigung durch den Aufsichtsrat zu erteilen.

4.2 Finanzplan 2023 – 2027

Im Bereich der Beteiligungen ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass in das Planergebnis noch keine Dividendenzahlungen der EnergieSüdwest AG eingeflossen sind. Vor dem Hintergrund der durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie zwangsläufig resultierenden Mindererlöse (verbunden zudem mit teilweise erhöhten Kosten der operativen Geschäftstätigkeit), muss davon ausgegangen werden, dass im Planungsjahr 2022 der Zufluss aus der Beteiligung an der EnergieSüdwest AG das durch die operativen Verluste generierte Defizit der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH nicht ausgleichen kann. Handelsrechtlich ist davon auszugehen, dass – in Abhängigkeit von der Höhe der Ausschüttungen sowie der Entwicklung der Pandemiefolgen – es im Jahr 2022 zu einem deutlichen Abschmelzen der Gewinnvorträge kommen wird. Vor diesem Hintergrund stellt sich mit Dringlichkeit die Frage der künftigen Finanzierung des Unternehmens. Neben unternehmensinternen Kostenoptimierungsmaßnahmen sind insbesondere Vorbereitungen zu treffen, dass sich die Gesellschafterin Stadt Landau stärker an der Finanzierung des Tochterunternehmens beteiligt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 30. (öffentlich)

Änderung der Satzung des EWL über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 25. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erläuterte die Vorlage. Dies sei die konsequente Fortführung dessen, was man seit Jahren angestrebt habe. Es sei dies ein Zwischenschritt der Entwicklung.

Ratsmitglied Dr. Sögdling stellte fest, dass man bisher durch den ZAS immer an höhere Entsorgungspreise gebunden gewesen sei. Nun habe man die Möglichkeit auf geringere Müllgebühren für die Bürger. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der „Satzung zur Änderung der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau - AÖR – über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 31. (öffentlich)

Umorganisation EWL zur Anpassung der Organisation an die steuerlichen Belange des § 2b UStG

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 4. Mai 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erkundigte sich nach den Auswirkungen für das Personal.

Der Vorsitzende betonte, dass sich für die Mitarbeiter nichts ändern werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. einer Umorganisation des EWL mit Neugründung eines Eigenbetriebes bei der Stadtverwaltung Landau entsprechend der nachfolgend aufgeführten Variante 3 zuzustimmen.
2. Der EWL und die zuständigen städtischen Ämter und Abteilungen werden beauftragt, die entsprechende Detailausgestaltung der favorisierten Variante 3 durchzuführen und diese dem Verwaltungsrat und dem Stadtrat im Rahmen einer Sitzungsvorlage vorzulegen.
3. Der EWL wird beauftragt die notwendigen weiteren Schritte vorzubereiten: Beteiligung der Personalvertretungen und Gleichstellungsbeauftragten sowie Einholung aller notwendigen Stellungnahmen und Gutachten (z.B. zu Fragen eines Betriebsführungsvertrags, Beteiligung der Finanzverwaltung etc.), Erstellung einer Satzung und Abstimmung mit Kommunalaufsicht bei der Allgemeinen Dienstleistungsdirektion in Trier.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 32. (öffentlich)

Anpassung der Stundenverrechnungssätze ab 2022 im Betriebszweig Bauhof des EWL

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 25. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Erhöhung der Stunden-Verrechnungssätze um 32 Cent ab dem 01.01.2022:

für eine Fachkraft von	49,84 €	auf	50,16 €,
für einen Helfer von	44,80 €	auf	45,12 €.

Die Vergütung für die Stadtteilmitarbeiter erfolgt nach den Stundensätzen für Fachkräfte und Helfer.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 33. (öffentlich)

Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2022 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Service und Straßenreinigung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 25. November 2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Bürgermeister Dr. Ingenthron sprach von einem guten und soliden Wirtschaftsplan. Schwerpunkt sei der „Umweltschutzbetrieb EWL“ mit den großen Bemühungen bei der Kläranlage. Insgesamt sei der EWL innovativ gut aufgestellt.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Wirtschaftsplan inklusive Stellenplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau für das Jahr 2022 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Service und Straßenreinigung mit den folgenden Zahlen. Der Beteiligungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Erfolgsplan

Erträge	23.217.000,-- €
Aufwendungen	23.120.000,-- €

Vermögensplan

Einnahmen	9.080.000,-- €
Ausgaben	9.080.000,-- €
Der Gesamtbetrag der <u>Kassenkredite</u> wird festgesetzt auf	150.000,-- €



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 34. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Emmerich sprach den am Vorabend stattgefundenen „Corona-Spaziergang“ an. Habe die Stadt die Möglichkeit, so etwas in Zukunft einzudämmen? Weiter bitte er um eine Äußerung zur Situation an der Grenze von Belarus und Polen hinsichtlich der Aufnahme von Menschen über den „Sicheren Hafen“.

Der Vorsitzende antwortete, dass dies gestern eine ungenehmigte Versammlung gewesen sei. Die Polizei sei hierauf auch vorbereitet und mit Einsatzkräften vor Ort gewesen. Es seien entsprechend Platzverweise erteilt worden. Man werde die Lage weiter beobachten, allerdings könne er zu einsatztaktischen Überlegungen keine Aussagen machen.

Zum Thema Sicherer Hafen sei man im ständigen Kontakt mit Potsdam, wo das ganze gesteuert werde.

Ratsmitglied Neumann wollte wissen, ob es bereits einen Termin für die Veranstaltung mit externen Experten zum Thema „Nachhaltiges Schulessen“ gebe.

Bürgermeister Dr. Ingenthron teilte mit, dass es hierzu einen Termin mit den Schulleitern Anfang Februar 2022 gebe.

Ratsmitglied Dr. Blinn gratulierte namens der SPD-Stadtratsfraktion dem Oberbürgermeister zu seiner Wahl zum Präsidenten des Sparkassenverbandes Rheinland-Pfalz. Seine Frage gehe dahin, wie nun das weitere Verfahren hinsichtlich der Neuwahl des Oberbürgermeisters sein werde.

Der Vorsitzende erklärte, dass er den Ältestenrat zeitnah über das weitere Verfahren und den Zeitplan informieren werde.

Ratsmitglied Schwarzmüller war der Meinung, dass es für den Einzelhandel sehr aufwändig sei, die Corona-Kontrollen durchzuführen. In manchen Städten gebe es Bändchen für das Handgelenk, dies wäre eine Entlastung für den Einzelhandel. Die Frage sei, ob man dies auch in Landau umsetzen könnte.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man diesbezüglich bereits mit dem AKU Kontakt aufgenommen habe. Allerdings sehe der Einzelhandel in Landau hierfür keine Notwendigkeit.

Ratsmitglied Dr. Migl gratulierte namens der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion ebenfalls zu seiner Wahl zum Präsidenten des Sparkassenverbandes Rheinland-Pfalz.



Die Niederschrift über die 22. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 14.12.2021 umfasst 59 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 759.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Alexander Grassmann
Beigeordneter